

Digitaler Kapitalismus – Mythos oder Realität?

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Arno Brandt und Ole Erdmann¹



Foto: ©peshkova - stock.adobe.com

Die Debatte um den digitalen Kapitalismus trifft mitten in eine Zeit, in der sich der Neoliberalismus nach einer längeren Phase kultureller Hegemonie in einer tiefgreifenden Krise befindet. Man könnte auf die Idee kommen, dass mit der Digitalisierung der Ökonomie erst die Zeit des Wirtschaftsliberalismus gekommen sei, da flexible Technologien, der Trend zu individualisierten Produkten und kürzeren Produktlebenszyklen sowie die zunehmende Bedeutung von Big Data nach mehr Markt verlangten. Doch die Parole „Digital first, Bedenken second“ ist längst der Realität gewichen. Überall hat sich die Kunde von der Macht der GAFA²-Konzerne verbreitet. Die neoliberale Mission, fast alle Güter und Dienstleistungen den Märkten zu überlassen

und durch Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung einem marktwirtschaftlichen Individualismus zu frönen, hat sich vor den unerbittlichen Realitäten kapitalistischer Krisenprozesse und Ausbeutungsverhältnisse blamiert. Unter den Bedingungen weitreichend unregulierter Märkte haben sich im Zuge der Digitalisierung Monopole, Ungleichheiten und Informationsasymmetrien herausgebildet, die zu einer wachsenden Kluft privater und gesellschaftlicher Renditen führen. Auch wenn die Gegenseite nicht unterschätzt werden sollte – Colin Crouch spricht nicht zu Unrecht von dem „befremdlichen Überleben des Neoliberalismus“ –, in den Gazetten und in den Netzen findet derzeit der Abgang auf den Neoliberalismus statt und manch nervöse Reaktion auf das neuerliche Auflodern wirtschaftsdemokratischer bzw. demokratisch sozialistischer Ideen ist auch darauf zurückzuführen, dass sich die Marktideologien in ihren

1 Dr. Arno Brandt ist Regionalökonom und lebt in Lüneburg.
Ole Erdmann, Dipl. Volkswirt, ist Mitglied der spw-Redaktion.
2 Abkürzung für Google, Amazon, Facebook und Apple.

konservativen oder progressiven Formen³ auf dem Rückzug befinden.

Auch in der Sozialdemokratie ist die Blütezeit von „New Labour“ mittlerweile verwelkt. In der SPD wird wieder über den Kapitalismus gesprochen – noch zaghaft, aber immerhin sind es erste Gehversuche und das Schrittempo könnte sich in den kommenden Jahren beschleunigen. Auf Konferenzen und in programmatischen Texten ist seit geraumer Zeit vom „Digitalen Kapitalismus“ die Rede. Bislang ist aber nicht geklärt, was unter diesem Begriff überhaupt verstanden werden könnte. Hier rächt sich die jahrelang in der SPD geübte Praxis, Theoriearbeit nur noch als Schmalz zu servieren. Der Begriff des „Digitalen Kapitalismus“ dient bislang lediglich als Chiffre, um das Unbehagen an einer Vielzahl von Erscheinungen, die mit der Digitalisierung im Alltagsleben Einzug gehalten haben, zum Ausdruck zu bringen.

Ganz ähnlich verhält es sich mit den Diskursen in den Gewerkschaften. Die Industriegewerkschaft Metall führte in diesem Herbst ihren Gewerkschaftstag in Nürnberg durch. Im Vorfeld betreibt die Organisation mit 2,3 Millionen Mitgliedern eine Kampagne, mit der sie auf die arbeitnehmerfreundliche Ausgestaltung der aktuellen Transformation unserer Ökonomie dringt. Globalisierung, Feminisierung, Prekarisierung, Klimawandel und nicht zuletzt Digitalisierung sind aus der Sicht der IG-Metall die Treiber für umfassende Veränderungen, die die Arbeits- und Lebensweise der Lohnabhängigen prägen. Die digitale Transformation fällt nicht wie Manna vom Himmel, sondern ist Resultat von wirtschaftlichen Kalkülen, Machtbeziehungen und Aushandlungsprozessen. Kennzeichen einer solchen Transformation ist, dass es höchst umstritten und umkämpft ist, wie sie gestaltet werden soll, wer profitiert und wer die Lasten zu tragen hat. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass neuerdings auch in der gewerkschaftlichen Diskussion weitergehende Perspektiven, die in der Tradition des demokra-

tischen Sozialismus stehen, eine Rolle spielen. So hat der stellvertretende IG-Metall-Vorsitzende Jürgen Urban jüngst die Position vertreten, dass angesichts der Privatisierungs- und Deregulierungserfahrungen der letzten Jahrzehnte die Eigentumsfrage neu zu stellen sei. Schon um der Wahrung der Demokratie willen seien Eingriffe in die Eigentumsordnung geboten.

Von einer Theorie des „Digitalen Kapitalismus“ kann gegenwärtig noch keine Rede sein. Sie wäre aber notwendig, um in einer zunehmend komplexer und krisenhafter werdenden Welt Orientierung zu finden. Gerade die demokratische Linke braucht eine in sich schlüssige Gegenwartsanalyse, die Ziel- und strategische Etappenbestimmungen ermöglicht. Ist also der gegenwärtige Kapitalismus im Begriff, sich mit der Diffusion der Digitalisierung noch einmal zu häuten? Und falls ja, welche Reformschritte wären für die kommende Entwicklungsphase des Kapitalismus abzuleiten? Von der Beantwortung dieser Fragen wird in den kommenden Jahren ganz wesentlich abhängen, ob die demokratische Linke die kulturelle Hegemonie wiedererlangen kann.

Wir gehen davon aus, dass der Kapitalismus in seinem Entwicklungsprozess nicht nur seine dystopischen Potenziale, sondern als Projekt der Aufklärung immer auch emanzipatorische Potenziale mit sich führt, die in seinen jeweiligen Entwicklungsschüben immer wieder auf neue Art und Weise artikuliert werden. Damit ergeben sich fortschreitend neue Zeitfenster, in denen linke Politik ihre Strategien der Demokratisierung und Vergesellschaftung in den kapitalistischen Entwicklungsprozess einzuschreiben vermag. Daher muss sich die demokratische Linke auf die Suche nach möglichen Einfallstoren machen und eruieren, welche Reformprojekte sie auf den Weg bringen will und wie es gelingen kann, die Mehrheitsverhältnisse zu ihren Gunsten zu verändern.

Die Beiträge des Heftschwerpunktes:

Philipp Staabs Antwort auf die Frage, ob wir es mit dem digitalen Kapitalismus tatsächlich mit einer neuen Stufe kapitalistischer Entwicklung zu tun haben, liegt in der basalen

³ Vgl. Nancy Fraser (2017): Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2017, S. 71 -76

Bedeutung des kommerziellen Internets als ein spezifischer Wirtschaftsraum, der zum einen eigenen Regeln folgt und zum anderen im Begriff ist, sich immer neue Bereiche der Ökonomie zu unterwerfen. Anknüpfend an Shoshana Zuboffs Theorie des Überwachungs-kapitalismus handele es sich einerseits um den Aufstieg einer Wirtschaftslogik, die auf die Vermessung, Beeinflussung und Steuerung des Konsumentenverhaltens gerichtet ist, und andererseits um den Aufbau proprietärer Märkte, also um Privatmärkte weniger Großunternehmen, die ihre Ausbeutungsstrategien aufgrund ihrer Fähigkeit zur Aufmerksamkeitskontrolle ihrer Nutzer entwickeln und umsetzen. Mit den proprietären Märkten sei ein neuer Merkantilismus verbunden, in dessen Gefolge die großen Internetkonzerne die Gewinner und der Staat der große Verlierer sei.

Arno Brandt hält dagegen an der These fest, dass es in einer kapitalistischen Welt, in der unterschiedliche Regulierungssysteme anzutreffen sind („varieties of capitalism“), eine spezifische Pfadabhängigkeit zugunsten eines deutschen Modells der diversifizierten Qualitätsproduktion gibt, die auch unter dem Vorzeichen des digitalen Kapitalismus Gültigkeit habe. „Den“ digitalen Kapitalismus kann es nach *Brandt* nicht geben, sondern immer unterschiedliche nationale Ausprägungen einer kapitalistischen Produktions- und Konsumweise, die sich trotz Globalisierung behaupten können. Daher sei eine neue Prosperitätskonstellation, die zu einer höheren Arbeitsproduktivität führen könne, nur von den technischen und organisatorischen Veränderungen sowie von den in diesem Kontext erforderlichen institutionellen Arrangements zu erwarten. Vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Produktionssystems in Deutschland leitet *Brandt* die notwendigen institutionellen Veränderungen ab, die eine neue Prosperitätskonstellation befördern können. Vor diesem Hintergrund sieht *Brandt* eine aktive Rolle des Staates als notwendige Voraussetzung einer neuen Prosperitätskonstellation.

Michael Wendt weist die These, dass es sich mit dem digitalen Kapitalismus um eine neue Stufe kapitalistischer Entwicklung handeln

könne, schon im Ansatz zurück. Für ihn basiert der Begriff des „digitalen Kapitalismus“ auf einer falschen Kapitalismustheorie. Mit diesem Begriff solle der Versuch gemacht werden, Kapitalismus „stofflich“ abzugrenzen und zu periodisieren. Kapitalistische Stadien würden als technologisch definierte Stadien missverstanden. Derartige Periodisierungen seien aber trivial, weil die kapitalistische Produktion systematisch darauf drängt, die neuesten Technologien für den Produktionsprozess als Verwertungsprozess nutzbar zu machen. Mit dem Begriff eines digitalen Kapitalismus werde versucht, das kapitalistische System über die Gebrauchswerte und nicht über die Werte seiner Waren zu verstehen. Die spezifische Funktionsweise einer kapitalistischen Ökonomie als Geldwirtschaft werde damit systematisch verfehlt.

Der Beitrag von *Hagen Krämer* beschäftigt sich zum einen mit Tendenzen zur Monopolbildung in digitalen Märkten und zum anderen mit den Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt durch Roboterisierung und künstliche Intelligenz. Im Vordergrund stehen dabei die Risiken des Arbeitsplatzverlustes und einer weiter zunehmenden Einkommens- und Vermögensungleichheit. Krämer liefert in diesem Zusammenhang sowohl theoretische Erklärungsansätze als auch empirische Belege für seine ökonomisch fundierte Argumentation.

In einem Interview mit dem Münchener Technikpublizisten und Industrie-4.0-Experten *Ulrich Sandler* geht es um den vom SPD-Parteivorstand noch unter der Führung von Andrea Nahles vorgelegten Entwurf eines „Daten-für-Alle-Gesetzes“. Mit diesem Gesetz sollen Anbieter von Big-Data-Geschäften gezwungen werden, ab einem bestimmten Marktanteil die Daten ihrer Kunden in anonymisierter Form mit Wettbewerbern zu teilen. Das Problemlösungsversprechen zielt dabei auf eine wirksame Bekämpfung von Monopolisierungsprozessen ab. In diesem Interview präzisiert *Ulrich Sandler* seine Kritik an derartigen Daten-Sharing-Modellen und insistiert auf die Notwendigkeit, die Verfügbarkeit über Daten eigentumsrechtlich zu klären.

Kajsa Borgnäs und Sören Tuleweit stellen gewerkschaftliche Ansätze zur Gestaltung künstlicher Intelligenz vor. Neben den Risiken von KI – Arbeitsplatzabbau, psychische Belastungen und Autonomieverlust – sollten die Gewerkschaften auch Chancen zur Verbesserung der Arbeitsqualität in den Blick nehmen. Zudem müsse z.B. die betriebliche und gewerkschaftliche Bildung zu KI vorangetrieben, ein betriebliches Monitoring zu KI implementiert und die Mitbestimmung über KI ausgebaut werden. Hierfür sei es erforderlich, das Betriebsverfassungsgesetz zu erweitern, weil die Mitbestimmung über KI bislang nur mittelbar möglich ist. Stattdessen gehe es darum, möglichst frühzeitig in die Implementierungsprozesse von KI einzugreifen.

Ulrich Wilhelm skizziert in seinem Beitrag die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Medienplattform mit dem Ziel, die Verbreitungswege von Medieninhalten und die Kommunikationsräume nicht amerikanischen privaten Internetplattformen zu überlassen. Der Artikel zeigt, wie verbreitet die Sorge vor einem Verlust demokratischer Kontrolle und öffentlicher Gestaltungskompetenzen im Bereich der virtuellen Infrastrukturen mittlerweile ist. Er zeigt aber auch, dass Alternativen denk- und machbar sind. ■

VSA: Chancen & Risiken der Transformation



Lothar Schröder/
Markus Franz
**Eine warme Stimme
schleicht sich in dein Ohr**
Fluch und Segen von Künstlicher Intelligenz
Gewerkschaftliche Antworten
96 Seiten | € 8,00
ISBN 978-3-96488-034-5



Dagmar Paternoga/Werner Rätz/Dominik Piétron
**Eine andere Digitalisierung
ist möglich**
Chancen und Risiken einer
vernetzten Gesellschaft
AttacBasisTexte 56
96 Seiten | € 7,00
ISBN 978-3-96488-008-6



Cornelia Koppetsch
**Rechtspopulismus
als Protest**
Die gefährdete Mitte in der
globalen Moderne
192 Seiten | € 16,80
ISBN 978-3-96488-024-6
Analysen des Rechts-
populismus als Reaktion auf
Veränderungen in den Tiefen-
strukturen der Gesellschaft.

Der Sozialismus
kommt



kritisch
links

Analysen
Positionen
Berichte

monatlich
gedruckt
Jahresabo € 70,-
(€ 50,- ermäßigt)

täglich im Netz
www.sozialismus.de

Erhältlich im Buchhandel oder unter: www.vsa-verlag.de